

Zwischen Freundschaft und Gefolgschaft Vergleichende Beobachtungen zu den Außenbeziehungen des Römischen Reiches und der Vereinigten Staaten von Amerika¹

von MANUEL TRÖSTER und ALTAY COSKUN, Trier

In der aktuellen Diskussion über die Finalität der amerikanischen Außenpolitik wird oftmals auf tatsächliche und vermeintliche Parallelen mit der Hegemonie des antiken Rom hingewiesen. Auffällige Berührungspunkte ergeben sich insbesondere mit Blick auf die Implikationen des Freundschaftsbegriffs, welcher in beiden Fällen auf ein breites Spektrum von partiell abhängigen Gemeinwesen und Individuen angewendet wird. Zwar kann ‚Freundschaft‘ dabei bedeuten, daß der stärkere Partner die vorbehaltlose Unterstützung der schwächeren Partei erwartet und entsprechenden Druck ausübt, doch verbleiben nichtsdestoweniger auch den Freunden der Führungsmacht beträchtliche Spielräume für politische Einflußnahme und Gestaltung. Zum einen sind nämlich der Vorrangstellung Roms wie Amerikas außerhalb der militärischen Sphäre gewisse Grenzen gesetzt; zum anderen stehen den jeweiligen Verbündeten erfolgversprechende Strategien wie das Ausspielen persönlicher Kontakte oder die Koordination mit dritten Akteuren zu Gebote. Freilich erscheint es aus der Perspektive des schwächeren Partners weder realistisch noch sinnvoll, sich den Forderungen des Hegemons gänzlich zu entziehen; dennoch können die Freunde auf eine günstige Entwicklung der internationalen Ordnung hinwirken.

Im Rahmen des ‚Kriegs gegen den Terrorismus‘ erging im Sommer 2002 die Aufforderung des amerikanischen Präsidenten George W. Bush an seine ‚Freunde‘ und ‚Verbündeten‘, das Vorgehen der USA gegen den ‚Schurkenstaat‘ Irak politisch und militärisch zu unterstützen. Stieß er damit weltweit auf ein geteiltes Echo, so wurde sein Drängen von keinem der nordatlantischen Bündnispartner derart schroff zurückgewiesen wie von der rot-grünen Bundesregierung, die eine Militäraktion offen und mit grundsätzlichen Argumenten ablehnte. In der Hochphase des Bundestagswahlkampfes konnte die Regierung Schröder damit innenpolitisch auf breite Zustimmung rechnen, wandte sich doch auch die Bevölkerung mehrheitlich gegen eine kriegerische Auseinandersetzung.

¹ Die vorliegende Studie entstand im Umfeld des Projekts ‚Roms auswärtige Freunde‘, welches im Rahmen des Trierer Sonderforschungsbereichs 600 ‚Fremdheit und Armut. Wandel von Inklusions- und Exklusionsformen von der Antike bis zur Gegenwart‘ die Entwicklung der Außenbeziehungen Roms in der Endphase der Republik untersucht (Internetpräsentation unter <http://www.uni-trier.de/sfb600/a2>). Dem Projektleiter Prof. Dr. Heinz Heinen sowie Prof. Dr. Hanns W. Maull, Anuschka Albertz (alle Trier) und Timotheus B. Lescher (Kaiserslautern) sei für verschiedene Anregungen gedankt. Sämtliche Internet-Belege wurden zuletzt am 8. 4. 2003 eingesehen.

Im Gegenzug warf die Opposition der Koalition vor, die deutsch-amerikanischen Beziehungen allein aus wahltaktischen Gründen schwer zu beschädigen. Während die bürgerlichen Parteien unbedingte Solidarität mit der langjährigen Schutzmacht der westlichen Welt einforderten, beharrte der Kanzler darauf, daß Freundschaft mit den USA nicht Gefolgschaft bedeute.² Rhetorisch geschickt nutzte Schröder dabei den Kontrast zwischen dem positiv konnotierten Begriff ‚Freundschaft‘ und dem negativ besetzten Ausdruck ‚Gefolgschaft‘. Tatsächlich suggeriert diese emotional wirksame Antithese in ihrer Zuspitzung jedoch eine Scheinalternative, wie die folgende Betrachtung des Charakters von auswärtigen Freundschaftsbeziehungen zeigen soll.

Zunächst sei darauf verwiesen, daß der Begriff der Freundschaft im allgemeinen Sprachgebrauch keineswegs ausschließlich auf enge persönliche Nahverhältnisse zwischen Gleichrangigen Anwendung findet. Vielmehr ist es keineswegs unüblich, auch entferntere Bekannte, Kollegen oder untergeordnete Mitarbeiter undifferenziert und zum Teil aufgrund von Konventionen als ‚Freunde‘ zu bezeichnen. In ähnlicher Weise wird der Freundschaftsbegriff seit Jahrtausenden nicht nur im privaten, sondern auch im politischen Raum gebraucht, wobei er sich im Bereich der Außenpolitik sowohl auf zwischenstaatliche als auch auf interpersonale Beziehungen anwenden läßt. Für jeden dieser Zusammenhänge bedarf die Frage nach den konkreten Implikationen von Freundschaft mithin der genaueren Untersuchung im jeweiligen historischen Kontext.³

² Zum Thema ‚Freundschaft–Gefolgschaft‘ in Schröders Wahlkampf vgl. z.B. *Jochen Buchsteiner*, An der Geschichtsurne, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22. 9. 2002, 12. So erklärte der Kanzler bei seinem Wahlkampfauftritt in Trier: „Freundschaft heißt, dass man auf gesicherter Basis Meinungsunterschiede auch mal austragen kann. Alles andere ist nicht Freundschaft, sondern Gefolgschaft“, zit. nach ‚Schröder wirbt in Trier für Rot-Grün‘, Trierischer Volksfreund, 6. 9. 2002, 1. Bereits im Februar äußerte Außenminister Joschka Fischer in einem Zeitungsinterview: „Bündnispartnerschaft unter freien Demokraten reduziert sich nicht auf Gefolgschaft, Bündnispartner sind nicht Satelliten“, Die Welt, 12. 2. 2002, online-Version. Eine Sammlung einschlägiger Zitate findet sich in ‚Alles eine Frage der Begleitumstände. Die Bundesregierung und der Irak-Krieg‘, FAZ, 31. 12. 2002, 2. Zur Kritik der Opposition vgl. z.B. die Bundestagsrede des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber vom 13. 9. 2002, Das Parlament, 17./23. 9. 2002, 21f.

³ Freilich werden dem Konzept der Freundschaft bisweilen auch enger gesteckte, zum Teil idealisierende Definitionen zugrunde gelegt, welche beispielsweise Freiwilligkeit und Formlosigkeit (z.B. *Jacqueline P. Wiseman*, Friendship. Bonds and Binds in a Voluntary Relationship, *Journal of Social and Personal Relationships* 3, 1986, 191-211, hier 191f.), emotionale Tiefe (z.B. *David Konstan*, *Friendship in the Classical World*. Cambridge 1997, 1) oder die Ranggleichheit der Partner (z.B. *E. Badian*, *Foreign Clientelae* [264-70 B.C.]. Oxford 1958, 11) als notwendig voraussetzen. Vgl. dazu *Allan Silver*, *Friendship and Trust as Moral Ideals. An Historical Approach*, *Archives européennes de sociologie* 30, 1989,

Während Freundschaften zwischen ungleichen Partnern in vielen Lebenslagen begegnen, erscheint der abwertend gebrauchte Ausdruck ‚Gefolgschaft‘ aus moderner Sicht unzeitgemäß und mit dem bürgerlich-demokratischen Freiheitsverständnis unvereinbar. Immerhin verwendet man diese Bezeichnung auch heute noch gelegentlich im öffentlichen Bereich, besonders hinsichtlich autoritär geführter Vereine, Parteien oder Bündnisse. Gleichwohl wird selbst hier die Terminologie von Unterordnung und Abhängigkeit im internen Sprachgebrauch vermieden und statt dessen verbrämend von ‚Freundschaft‘ oder ‚Mannschaftsspiel‘ gesprochen.⁴

Die derzeitige Hochkonjunktur des diplomatischen Freundschaftsbegriffs, aber auch die Unsicherheit darüber, welche Konsequenzen sich im Verhältnis der ungleichen Verbündeten USA und Deutschland aus den vielbeschworenen Größen ‚Dankbarkeit‘ und ‚Solidarität‘ ableiten, geben Anlaß dazu, die Bedeutung dieser Sprachregelung in historischer Perspektive genauer zu untersuchen. Vergleiche mit dem ‚Imperialismus‘ des antiken Rom stellen in der gegenwärtigen Diskussion über die Ziele und Methoden der amerikanischen Außenpolitik die wohl am häufigsten bemühte Parallele dar. Dabei wird das Römische Reich einerseits herangezogen, um die überragende Machtposition der Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges zu charakterisieren, andererseits um eine unilateral bestimmte Weltpolitik zu legitimieren beziehungsweise zu kritisieren.⁵ Selbst im Bundestagswahlkampf 2002 sorgte ein

274-297, hier 277-282. Zum Thema Freundschaft in historischer Perspektive vgl. ferner Igor S. Kon, *Freundschaft. Geschichte und Sozialpsychologie der Freundschaft als soziale Institution und individuelle Beziehung*, aus dem Russischen von Valeri Danilow. München 1979; S.N. Eisenstadt/L. Roniger: *Patrons, Clients and Friends. Interpersonal Relations and the Structure of Trust in Society*. Cambridge 1984; Horst Hutter, *Politics as Friendship. The Origins of Classical Notions of Politics in the Theory and Practice of Friendship*. Waterloo/Ontario 1978; Michael Peachin (Hg.), *Aspects of Friendship in the Graeco-Roman World*. Portsmouth/R.I. 2001; P.A. Brunt, *Amicitia in the Late Republic*. In: ders. (Hg.), *The Fall of the Roman Republic and Related Essays*. Oxford 1988, 351-381; Reinhard Schneider, *Politische Freundschaft*. In: Luigi Cotteri (Hg.), *Il concetto di amicizia nella storia della cultura europea*. Merano 1995, 372-387.

⁴ Ähnliche Sprachregelungen finden sich natürlich auch in anderen Gesellschaften und historischen Zusammenhängen, etwa in der Beziehung zwischen römischen Patronen und rangniedrigeren, teilweise auch abhängigen Freunden. Vgl. dazu Richard P. Saller, *Personal Patronage under the Early Empire*. Cambridge 1982, 7-22; ferner P.A. Brunt, *Clientela*. In: ders. 1988 (wie Anm. 3), 382-442, bes. 393-395; Claude Eilers, *Roman Patrons of Greek Cities*. Oxford 2002, 14-16.

⁵ Vgl. die einschlägigen Belege in Emily Eakin, *All Roads Lead to D.C.* The New York Times, 31. 3. 2002, online-Version; Philip S. Golub, *Tentation impériale, Le monde diplomatique*, September 2002, 8f.; auch Heinrich Wefing, *Das letzte Rom*, FAZ, 15. 7. 2002, 29. Golub folgert: „Au-delà de son aspect descriptif, la récurrence de l’analogie romaine ... témoigne de la construction d’une nouvelle idéologie impériale“. Ausnahmen bestätigen

entsprechender Vergleich für Aufsehen, als der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Ludwig Stiegler erklärte, der amerikanische Präsident benehme sich so, „als sei er der Princeps Caesar Augustus und Deutschland die Provincia Germania“.⁶ Neben solchen polemisch-plakativen Äußerungen haben die Parallelen zwischen Rom und Amerika zugleich eine Reihe von publizistischen Analysen angeregt, die sich hauptsächlich mit der Genese, der Bewahrung und der Herrschaftspraxis der jeweiligen ‚Imperien‘ befassen.⁷

Auch in althistorischen Veröffentlichungen stellen derartige Vergleiche kein Novum dar. So hoben einige Publikationen während des Kalten Krieges diverse Übereinstimmungen zwischen den frühen Auseinandersetzungen Roms mit der hellenistischen Welt einerseits und der Konfrontation der USA mit der Sowjetunion andererseits hervor.⁸ Im Gegensatz zu diesen Arbeiten geht die vorliegende Studie von den Bedingungen eines militärisch und in vielerlei Hinsicht auch machtpolitisch unipolaren Staatensystems aus, wie es sich im frühen zweiten Jahrhundert v. Chr. in der Mittelmeerwelt herausbildete und wie es nunmehr seit dem Zusammenbruch der UdSSR auf globaler Ebene besteht. Strukturelle Parallelen sollen dabei freilich weder als zwangsläufige Ursache gleichartiger Handlungsmuster ausgemacht werden noch über qualita-

hier die Regel, vgl. z.B. *Donald Kagan*, Comparing America to Ancient Empires Is ‚Ludicrous‘, *The Atlanta Journal-Constitution*, 6. 10. 2002 (<http://www.accessatlanta.com/ajc/opinion/1002/06kagan.html>); ferner *Maureen Dowd*, What Would Genghis Do?, *The New York Times*, 5. 3. 2003, *online*-Version.

⁶ So in einem Interview mit dem Münchner Merkur vom 7. 9. 2002, zit. nach ‚Stiegler legt nach‘, *faz.net*, 7. 9. 2002. Vgl. dazu auch ‚Cäsar. Ein Gespräch mit dem Althistoriker Karl Christ‘, *FAZ*, 13. 9. 2002, 33.

⁷ Vgl. *Peter Bender*, Das amerikanische und das römische Imperium. Ein Vergleich, *Merkur* 54.9/10, 2000, 890-900; *Ralph Bollmann*, Ist Amerika das neue Rom?, *taz*-Magazin, 31. 8. 2002, 1f.; *Jonathan Freedland*, Rome, AD ... Rome, DC?, *The Guardian*, 18. 9. 2002, *online*-Version; *Giorgia Camandona*, Sacro americano Impero sowie *dies.*, Alla conquista del mondo, *news2000.libero.it*, 24. 9. 2002 (<http://news2000.libero.it/speciali/12839.jhtml> bzw. <http://news2000.libero.it/speciali/12841.jhtml>). Eine ähnliche Thematik wie die vorliegende Untersuchung verfolgt *Peter Bender*, Als die Griechen frech geworden, *Die Zeit*, 2. 10. 2002, 9. Allgemein zur gegenwärtigen Faszination für den antiken Stoff vgl. ferner *Peter Körte*, Die spinnen, die Amerikaner, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 5. 1. 2003, 15. – *Peter Bender*, Weltmacht Amerika. Das neue Rom. Stuttgart 2003, erschien nach Abschluß des vorliegenden Beitrags und konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Vgl. die Buchbesprechung von *Stefan Rebenich*, Neurotische Riesen, *Die Zeit*, 31. 7. 2003, 37.

⁸ Vgl. – mit unterschiedlichen Akzentsetzungen – z.B. *E. Badian*, Rome and Antiochus the Great. A Study in Cold War (1959). In: ders. (Hg.), *Studies in Greek and Roman History*. Oxford 1964, 112-139 und *Hans Erich Stier*, Roms Aufstieg zur Weltmacht und die griechische Welt. Köln 1957, z.B. 148 u. 153; *dens.*, Zum römischen Philhellenismus der Flaminuszeit (1960). In: P. Funke/G.A. Lehmann (Hgg.), *Kleine Schriften*. Meisenheim/Glan 1979, 269-279, bes. 278f.

tive Differenzen hinwegtäuschen, die sich vor allem aus dem unterschiedlichen Ausmaß von Interdependenzen und dem Stand der technologischen Entwicklung ergeben.⁹

Mit Blick auf die Bedeutung und Anwendung des Freundschaftsbegriffs sollen unter diesen Prämissen verschiedene historische Berührungspunkte zwischen der antiken und der modernen Supermacht untersucht und wesentliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet werden. In einem ersten Schritt werden dazu die Grundlagen und die Grenzen der hegemonialen Stellung Roms bzw. Amerikas skizziert und einige Parallelen in der subjektiven Wahrnehmung des jeweiligen äußeren Umfelds aufgezeigt. Ein ausführlicher Abschnitt widmet sich sodann dem praktischen Umgang der beiden Supermächte mit ihren Freunden, wobei insbesondere das Spannungsverhältnis von Verpflichtungen und Erwartungen sowie die Spielräume für politische Einflußnahme und Gestaltung analysiert werden sollen. Schließlich wird in einem gesonderten Kapitel die Bedeutung der persönlichen Komponente in den auswärtigen Freundschaftsbeziehungen beleuchtet.

Vorab ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Bezeichnung ‚Freund‘ für den hier gewählten Untersuchungsgegenstand sehr unterschiedliche Grade von Nähe und Abhängigkeit beschreiben kann. Im Falle Roms reicht diese Spanne von ‚freien‘ Städten inmitten von Provinzen über formal selbständige ‚Klientelkönigreiche‘ bis zu weitgehend unabhängigen Gemeinwesen in den Randzonen des Imperiums.¹⁰ In ähnlicher Weise erstreckt sich das

⁹ Ausdrücklich abgelehnt wird damit eine zentrale Annahme der realistischen Theorie der internationalen Beziehungen (z.B. *Kenneth N. Waltz, Theory of International Politics*. Reading/Mass. 1979, bes. 79-128), derzufolge analoge Strukturen auf der Ebene des Staatensystems notwendigerweise gleichartige Verhaltensweisen im Sinne von Macht- und Gleichgewichtsstreben induzieren. Zu den Implikationen der angesprochenen Unterschiede zwischen Antike und Gegenwart s. das folgende Kapitel.

¹⁰ Für die meisten von ihnen nahm der Grad der Abhängigkeit spätestens seit dem frühen 2. Jh. v. Chr. deutlich zu, was sich u.a. in der Anerkennung der römischen *maiestas* widerspiegelt. Seither begegnet auch immer häufiger die formelhafte Bezeichnung *amicus et socius populi Romani*. Vgl. dazu *Werner Dahlheim, Struktur und Entwicklung des römischen Völkerrechts im dritten und zweiten Jahrhundert v. Chr.* München 1968, 163-274; *Maria Rosa Cimma, Reges socii et amici populi Romani*. Milano 1976, 168-185; sowie den Überblick bei *Rainer Bernhardt, Rom und die Städte des hellenistischen Ostens (3.-1. Jahrhundert v. Chr.)*. Literaturbericht 1965-1995. München 1998, 11-41; ferner *P.C. Sands, The Client Princes of the Roman Empire under the Republic*. Cambridge 1908, 10-48 zur Terminologie bei einzelnen antiken Autoren. Dagegen werden die nichtrömischen Italiker bis ins frühe 1. Jh. v. Chr. regelmäßig als *socii* bezeichnet. Zur Position der sogenannten Klientelkönige vgl. *David Braund, Rome and the Friendly King. The Character of the Client Kingship*. London 1984.

Spektrum der Freunde der Vereinigten Staaten von traditionellen Alliierten in Westeuropa bis zu pro-amerikanischen Herrschaftseliten in Entwicklungs- und Schwellenländern. Um eine annähernde Vergleichbarkeit zu gewährleisten, sollen im folgenden vorwiegend die ‚autonomen‘ Freunde Roms außerhalb Italiens und die eng mit den USA verbundenen Staaten der OECD-Welt in den Blick genommen werden. Die Mehrzahl der zu besprechenden Beispiele stammt dabei aus der mittleren und späten Republik sowie aus dem bisherigen Verlauf des ‚Kriegs gegen den Terrorismus‘, doch treffen viele der daran geknüpften Beobachtungen im wesentlichen auch auf die römische Kaiserzeit bzw. auf die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg zu.

Hegemonie und ihre Grenzen

Die politische Machtposition von Staaten ergibt sich, allgemein gesprochen, aus einer Kombination bestimmter Fähigkeiten in der intersubjektiven Wahrnehmung der beteiligten Akteure.¹¹ Relevant sind in diesem Kontext neben dem militärischen Potential eines Gemeinwesens vor allem seine wirtschaftliche Kapazität und Innovationskraft sowie sein internationales Ansehen und seine kulturell-ideologische Ausstrahlung. Diese und ähnliche Faktoren werden ihrerseits durch die vorherrschenden technischen Bedingungen konditioniert, darüber hinaus im Inneren der Staaten durch deren Gesellschafts- und Organisationsstruktur, nach außen durch den Aufbau der internationalen Ordnung und den Grad der gegenseitigen Verflechtung. Ihre Gewichtung ist mithin in hohem Maße abhängig von den jeweiligen historischen Rahmenbedingungen, da diese letztlich bestimmen, welche Fähigkeiten benötigt werden, um Ziele wie Sicherheit und Wohlstand zu erreichen.¹²

Die Hegemonialstellung Roms resultierte zunächst aus einer dauerhaften Überlegenheit im militärischen Bereich, die teils auf technischem und taktischem Geschick, teils auf der effizienten Ausschöpfung des reichen Reservoirs an wehrfähigen Männern innerhalb des italischen Bundesgenossenverbands

¹¹ Zur Bedeutung von *capabilities* und deren sozialer Konstruktion vgl. die unterschiedlichen Positionen von *Alexander Wendt*, *Social Theory of International Politics*. Cambridge 1999, bes. 92-190 und *Barry Buzan*, *Rethinking System and Structure*. In: ders. u.a. (Hgg.), *The Logic of Anarchy. Neorealism to Structural Realism*. New York 1993, 19-80.

¹² Zur gegenwärtigen Diffusion des Spektrums relevanter Machtressourcen vgl. *Joseph S. Nye*, *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power*. New York 1990, 173-201. Anhänger der realistischen Theorie halten dagegen am traditionellen Primat militärischer Macht fest, vgl. z.B. *John J. Mearsheimer*, *The Tragedy of Great Power Politics*. New York 2001, 55-82.

beruhte.¹³ Auf anderen Feldern hingegen eroberte sich die Stadt erst mit erheblicher Verzögerung die herausragende Position, die sie in der Kaiserzeit als administratives Zentrum und – in gewissem Umfang – als wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt des Reiches einnahm. Schon in der späten Republik bildeten sich allerdings infolge des immensen Kapitalzuflusses nach Italien zahlreiche Gesellschaften, die bald das Steuer-, Zoll- und Kreditwesen des gesamten Mittelmeerraums dominierten, ohne dadurch jedoch eine gezielte Wirtschaftslenkung zu betreiben.¹⁴ Auch blieb in republikanischer Zeit der kulturelle Einfluß Roms vor allem im Osten sehr begrenzt, während umgekehrt ein gewaltiger Transfer stattfand, in dessen Verlauf das neue politische Zentrum seinerseits eine wachsende Zahl von Gelehrten und Künstlern aus der hellenistischen Welt anzog.¹⁵ Gleichwohl wurden im östlichen Mittelmeerraum bereits seit dem späten dritten Jahrhundert v. Chr. Kulte der *Dea Roma* gestiftet, derweil man die Römer selbst als allgemeine Wohltäter (*koinoi euergetai*) verehrte.¹⁶

Demgegenüber nehmen die Vereinigten Staaten eine wesentlich umfassendere Vormachtstellung auf dem militärischen, ökonomischen und kulturellen Sektor ein. Anders als die römische Hegemonie beruht die Dominanz der USA zu

¹³ Vgl. *Adrian Keith Goldsworthy*, *The Roman Army at War. 100 B.C.–A.D. 200*. Oxford 1996; *Lawrence Keppie*, *The Making of the Roman Army*. London 1984, 11-79; auch *Johannes Kromayer/Georg Veith*, *Heerwesen und Kriegführung der Griechen und Römer*. München 1928, 251-264; speziell zur Rekrutierungsbasis *P.A. Brunt*, *Italian Manpower. 225 B.C.–A.D. 14*. Oxford 1971, 391-512 u. 545-548; *Claude Nicolet*, *Rome et la conquête du monde méditerranéen. 264-27 av. J.-C.*, Bd. 1: *Les structures de l'Italie romaine*. Paris 1991, 270-331.

¹⁴ Vgl. dazu die Übersichtsdarstellungen von *Claude Nicolet*, *Economy and Society*, 133-43 B.C. In: *J.A. Crook u.a. (Hgg.)*, *The Cambridge Ancient History*, Bd. 9. Cambridge 1994, 599-643; *Guido Clemente*, *L'economia imperiale romana*. In: *ders. u.a. (Hgg.)*, *Storia di Roma*, Bd. 2.1. Torino 1990, 365-384.

¹⁵ Vgl. dazu *Gregor Vogt-Spira*, *Die Kulturbegegnung Roms mit den Griechen*. In: *Meinhard Schuster (Hg.)*, *Die Begegnung mit dem Fremden. Wertungen und Wirkungen in Hochkulturen vom Altertum bis zur Gegenwart*. Stuttgart 1996, 11-33; *Erich S. Gruen*, *Culture and National Identity in Republican Rome*. Ithaca/N.Y. 1992; *Elizabeth Rawson*, *Intellectual Life in the Late Roman Republic*. London 1985; *Claudia Moatti*, *La raison de Rome. Naissance de l'esprit critique à la fin de la République (II^e-1^{er} siècle avant Jésus-Christ)*. Paris 1997, bes. 57-95.

¹⁶ Vgl. *Ronald Mellor*, *Thea Rhome. The Worship of the Goddess Roma in the Greek World*. Göttingen 1975; *Carla Fayer*, *Il culto della dea Roma. Origine e diffusione nell'Impero*. Pescara 1976; *Jean-Louis Ferrary*, *Philhellénisme et impérialisme. Aspects idéologiques de la conquête romaine du monde hellénistique. De la seconde guerre de Macédoine à la guerre contre Mithridate*. Rome 1988, 124-132; *Andrew Erskine*, *The Romans as Common Benefactors*, *Historia* 43, 1994, 70-87; außerdem die Übersicht bei *Bernhardt* 1998 (wie Anm. 10), 41-46.

einem wesentlichen Teil auf der überlegenen wirtschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit eines Staates, der erst im Zuge der beiden Weltkriege auch militärisch zu einer Supermacht avancierte. Indessen ist heute auch im Fall der Vereinigten Staaten die Überlegenheit im Rüstungsbereich am deutlichsten ausgeprägt: Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die amerikanische Vorherrschaft hier unangefochten und wird es angesichts des gewaltigen Verteidigungsetats auch auf absehbare Zeit bleiben. Darüber hinaus werden das Freiheits- und Demokratieverständnis Amerikas, sein profit- und wachstumsorientierter Kapitalismus sowie seine global ausstrahlende Konsum- und Unterhaltungskultur – trotz starker anti-amerikanischer Strömungen – in weiten Teilen der Welt als Leitbild akzeptiert. Zwar kommt anderen Machtzentren in einzelnen Bereichen ein gleichwertiges oder gar überlegenes Gewicht zu, so der Europäischen Union in puncto Wirtschaftskraft oder China und Indien in demographischer Hinsicht. Dennoch wird Amerika gegenwärtig allgemein als der unbestritten stärkste Akteur auf der Weltbühne angesehen, und mittelfristig sind weder ein einzelner Staat noch eine Koalition von Staaten als ernstzunehmende Herausforderer seiner Führungsposition auszumachen.¹⁷

Dessen ungeachtet bedeutet gerade im Fall der USA eine herausragende Stellung im internationalen Staatensystem keineswegs, daß die zur Verfügung stehenden Machtressourcen geeignet wären, Stabilität und Prosperität im Alleingang zu gewährleisten. Zu ausgedehnt und zu vielschichtig ist die komplexe Interdependenz, in welcher sich Amerika und seine Außenwelt auf den Feldern Sicherheit, Wirtschaft und Gesellschaft befinden, zu hoch daher die Kosten für einen Verzicht auf internationale Kooperation.¹⁸ Mehr denn je hän-

¹⁷ Vgl. *Nye* 1990 (wie Anm. 12), 115-170; *dens.*, *The Paradox of American Power. Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone*. New York 2002, 17-35; *Stephen G. Brooks/William C. Wohlforth*, *American Primacy in Perspective*, *Foreign Affairs* 81.4, 2002, 20-33; *William C. Wohlforth*, *The Stability of a Unipolar World*, *International Security* 24.1, 1999, 5-41; *John M. Owen*, *Transnational Liberalism and U.S. Primacy*, *International Security* 26.3, 2001/02, 117-152. Vereinzelt werden auch anders lautende Ansichten geäußert, vgl. etwa *Charles A. Kupchan*, *The End of the American Era. U.S. Foreign Policy and the Geopolitics of the Twenty-first Century*. New York 2002; *Emmanuel Todd*, *Après l'empire. Essai sur la décomposition du système américain*. Paris 2002. – Freilich können sich solche Perzeptionen unter Umständen rasch verändern. So wurde die Debatte noch vor wenigen Jahren vom vermeintlichen Niedergang Amerikas bestimmt. Vgl. vor allem *Paul Kennedy*, *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. New York 1987, 514-535 und dazu *Michael Cox*, *Whatever Happened to American Decline? International Relations and the New United States Hegemony*, *New Political Economy* 6.3, 2001, 311-340.

¹⁸ Vgl. dazu allgemein *Robert O. Keohane/Joseph S. Nye*, *Power and Interdependence*. New York ³2001, bes. 3-32 u. 215-263.

gen Frieden und Wohlstand in einer Welt, in der nichtstaatliche Akteure grenzüberschreitend gewaltige wirtschaftliche Macht anhäufen und verheerend wirkende Waffen einsetzen können, von der Existenz handlungsfähiger Staaten und einer funktionierenden internationalen Ordnung ab. Daß unter diesen Bedingungen auch die Vereinigten Staaten hochgradig verwundbar sind, haben die Anschläge vom 11. September 2001 in drastischer Weise vor Augen geführt. Die Bedrohung durch Terror und Massenvernichtungswaffen, aber auch die Zerstörung der Umwelt und die negativen Verteilungseffekte der Globalisierung stellen weltweite Herausforderungen dar, die nur durch konzertiertes Handeln und keinesfalls allein mit militärischen Mitteln bewältigt werden können.¹⁹

Entsprechende Probleme stellten sich in der antiken Welt selbstverständlich nicht in gleichem Ausmaß, so daß sich ein militärisches Übergewicht wesentlich leichter in eine hegemoniale Machtposition umsetzen ließ. Allerdings ist in diesem Zusammenhang immerhin das Piratenunwesen zu nennen, das sich seit dem späten zweiten Jahrhundert v. Chr. vor allem im östlichen Mittelmeerraum massiv ausbreitete, da dort infolge des Autoritätsverlusts der hellenistischen Staaten wirksame Ordnungsstrukturen fehlten. Über Jahrzehnte verschärfte sich dieses überregionale Problem, weil zu einem konsequenten Vorgehen Rom nicht willens und die schwachen Staaten des Ostens nicht in der Lage waren. Als die Piraten schließlich die Getreideversorgung Roms und das Leben römischer Bürger an den Küsten Italiens bedrohten, reagierte die Supermacht im Jahre 67 v. Chr. mit einer groß angelegten militärischen Aktion unter Pompeius, der seinen Auftrag jedoch nicht allein durch physische Gewalt, sondern auch durch die Reintegration der Seeräuber in das Wirtschaftsleben der betroffenen Gebiete erfolgreich ausführte.²⁰

Trotz ihres überlegenen Machtpotentials wurde und wird die Außenpolitik des antiken Rom wie der Vereinigten Staaten in hohem Maße von einer starken Bedrohungspersonalbestimmung bestimmt.²¹ Im Falle Roms liegt dieser Wahrnehmung eine jahrhundertelange Geschichte der existentiellen Gefährdung des

¹⁹ Vgl. Nye 2002 (wie Anm. 17), bes. 41-110 u. 137-171; ferner Hanns W. Maull, *Containing Entropy, Rebuilding the State. Challenges to International Order in the Age of Globalisation*, *Internationale Politik und Gesellschaft* 9.2, 2002, 9-28.

²⁰ Vgl. Plut. Pomp. 24ff., bes. 28,4-7; auch Cic. Manil. 32-35; dazu Philip de Souza, *Piracy in the Graeco-Roman World*. Cambridge 1999, 97-178; Hartel Pohl, *Die römische Politik und die Piraterie im östlichen Mittelmeer vom 3. bis zum 1. Jh. v. Chr.* Berlin 1993, 113-282; Hermann Strasburger, *Poseidonios on Problems of the Roman Empire*, *JRS* 55, 1965, 40-53.

²¹ Vgl. zum folgenden – unter starker Betonung der Gemeinsamkeiten – Bender 2000 (wie Anm. 7), 890-895.

eigenen Gemeinwesens zugrunde, welches bis Anfang des dritten Jahrhunderts v. Chr. in wechselvolle Auseinandersetzungen mit verschiedenen Gegnern in Latium und Italien verwickelt war. Selbst nach Etablierung der regionalen Vorherrschaft sah sich die Stadt zeitweilig schwerwiegenden Herausforderungen wie dem Krieg gegen Hannibal (218-201 v. Chr.) und dem Zug der Kimbern und Teutonen (113-101 v. Chr.) gegenüber.²² Entsprechende Befürchtungen der USA äußerten sich hingegen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zunächst im geopolitischen Gedankenspiel der möglichen Konfrontation mit einer eurasischen Supermacht und schlugen sich dann nach dem Zweiten Weltkrieg in der Containment-Strategie gegenüber der Sowjetunion nieder. Sensibilisiert durch den japanischen Überfall auf Pearl Harbor, reagiert die amerikanische Öffentlichkeit seit Jahrzehnten ungemein empfindlich auf jede potentielle oder reale Bedrohung wie im Fall der Stationierung sowjetischer Atomraketen auf Kuba oder der jüngsten terroristischen Anschläge.²³

Vor diesem Hintergrund ist Rom und den USA eine Tendenz zur Verabsolutierung des eigenen Sicherheitsbedürfnisses gemein, die sich einerseits in einer isolationistischen Strömung des Ignorierens der Außenwelt manifestiert,²⁴ andererseits in einer grundsätzlichen Bereitschaft zu unilateralen Blitzaktionen, welche subjektiv als präventive Verteidigungsmaßnahmen empfunden oder zumindest als solche gerechtfertigt werden. Als Beispiele seien zum einen die römische Entscheidung zur Zerstörung der zwar stark geschwächten, aber weiterhin als Gefahrenherd wahrgenommenen Rivalin Karthago (146 v. Chr.) genannt, zum anderen der amerikanische Anspruch auf ‚prä-emptive‘ Maßnahmen gegen ‚Schurkenstaaten‘, von denen vermutet wird, daß sie Terrori-

²² Vgl. dazu *Heinz Bellen, Metus Gallicus – metus Punicus*. Zum Furchtmotiv in der römischen Republik. Stuttgart 1985, 9-46; ferner *Kurt A. Raaflaub, Born to Be Wolves? Origins of Roman Imperialism*. In: Robert W. Wallace/Edward M. Harris (Hgg.), *Transitions to Empire. Essays in Greco-Roman History, 360-146 B.C., in Honor of E. Badian*. Norman/Okla. 1996, 273-314, bes. 290-292.

²³ Vgl. dazu *John A. Thompson, The Exaggeration of American Vulnerability. The Anatomy of a Tradition*, *Diplomatic History* 16.1, 1992, 23-43; *Stefan Fröhlich, Amerikanische Geopolitik. Von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*. Landsberg/Lech 1998; *dens., Zwischen selektiver Verteidigung und globaler Eindämmung. Geostrategisches Denken in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik während des Kalten Krieges*. Baden-Baden 1998; *John Lewis Gaddis, Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*. New York 1982.

²⁴ Vgl. zum einen *Paul Veyne, Y a-t-il eu un impérialisme romain?*, *MEFRA* 87, 1975, 793-855; ferner *Badian* 1958 (wie Anm. 3), z.B. 90; zum anderen *Selig Adler, The Isolationist Impulse. Its Twentieth-Century Reaction*. London 1957 (Nd. Westport/Conn. 1974).

sten Unterschlupf gewähren oder nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen streben.²⁵

Erwartungen und Entscheidungen

Angesichts der Asymmetrie in den Freundschaftsbeziehungen zwischen der Führungsmacht und ihren Partnern ergibt sich im Fall der römischen wie der amerikanischen Hegemonie ein überaus sensibles Spannungsverhältnis zwischen expliziten, im wesentlichen vertraglich niedergelegten Verpflichtungen einerseits und impliziten, im Zuge der Entwicklung des jeweiligen Freundschaftsverhältnisses gewachsenen Erwartungen andererseits. In der Regel werden dabei schriftlich fixierte Bestimmungen von Seiten des schwächeren Partners zugleich als Beistandsgarantie gegenüber Dritten und als Schutz gegen zu weitgehende Forderungen des Hegemons verstanden, während sich der stärkere Partner eher in der Lage sieht, seine Interessen allein durch politische Appelle an die Treue und Dankbarkeit der anderen Seite wirksam zu vertreten. Gerade auf dem Feld der Sicherheitspolitik ist dabei sehr häufig zu beobachten, daß die Führungsmacht die Definitionsgewalt über die konkreten Implikationen des Freundschaftsverhältnisses für sich reklamiert.

So schien es für die Römer selbstverständlich, daß die griechischen Städte und Bünde, die nach den Siegen über Philipp V. von Makedonien (200-197/96 v. Chr.) und den Seleukidenkönig Antiochos III. (192-189 v. Chr.) die Freiheit (*libertas*) verliehen bekommen hatten, ihrer neuen Schutzmacht zu Treue (*fides*) verpflichtet waren und sich außenpolitisch an deren Interessen orientieren würden.²⁶ Ein aussagekräftiges Beispiel bietet hierfür der Achaiische Bund, der einerseits in den Kriegen bis 189 v. Chr. Rom treu zur Seite gestanden hatte, andererseits aber in der Folgezeit unter der Führung des Philopoimen und des Lykortas eine eigenständige Machtpolitik auf der Peloponnes zu betreiben suchte. Nach wenigen Jahren mußten die Beteiligten freilich einsehen, daß diese Bemühungen zum Scheitern verurteilt waren, da die Römer – in den

²⁵ Vgl. dazu das am 17. September 2002 vorgelegte Strategiedokument NSS 2002 (<http://www.whitehouse.gov/nsc/nssall.html>), bes. Kap. 3 u. 5.

²⁶ Zur *fides* vgl. Erich S. Gruen, *Greek Pistis and Roman Fides*, *Athenaeum* 60, 1982, 50-68; Ferrary 1988 (wie Anm. 16), 72-81; Dieter Nörr, *Die fides im römischen Völkerrecht*. Heidelberg 1991. Zur *libertas* vgl. Ferrary 1988, 5-218; Erich S. Gruen, *The Hellenistic World and the Coming of Rome*. Berkeley/Cal. 1984, 132-157; T. Yoshimura, *Zum römischen libertas-Begriff in der Außenpolitik im zweiten Jahrhundert vor Chr.*, *AJAH* 9, 1984 (1990), 1-22; Rainer Bernhardt, *Imperium und eleutheria*. Die römische Politik gegenüber den freien Städten des griechischen Ostens. Diss. Hamburg 1971; *dens.* 1998 (wie Anm. 10), 11-41.

Worten des Achaiers Polybios – „so weit davon entfernt waren, nicht allzu notwendige auswärtige Angelegenheiten von sich zu weisen und zu vernachlässigen, daß sie im Gegenteil aufgebracht waren, wenn nicht alles und jedes vor sie gebracht und nach ihrem Beschluß behandelt wurde“.²⁷

Während die Römer zahlreiche außeritalische Staaten bereitwillig in ihre Freundschaft aufnahmen und bei entsprechendem Bedarf unbedingt deren aktive Unterstützung erwarteten, behielten sie es sich umgekehrt im Fall eines Hilfesuchts vor, Kosten und Nutzen einer Intervention sorgfältig abzuwägen. Nachdem beispielsweise die Seleukiden von den Armeniern aus ihrem Reich vertrieben worden waren, mußte der als Freund der Römer anerkannte Antiochos XIII. Asiaticus so lange auf seine Thronbesteigung warten, bis der Hegemon schließlich auch aufgrund der direkten Bedrohung eigener Interessen im Vorderen Orient gegen die neue Regionalmacht vorging. Kurze Zeit später sah sich der bedrängte Antiochos sogar gezwungen, seine Herrschaftsansprüche gänzlich aufzugeben, da der neue Befehlshaber Pompeius es vorzog, Syrien in eine römische Provinz zu verwandeln (69/64 v. Chr.).²⁸

In ähnlicher Weise spiegeln die Erwartungen, welche die Vereinigten Staaten gegenwärtig an ihre Alliierten richten, fast ausschließlich die jeweiligen Prioritäten der amerikanischen Außenpolitik wider. Nach eigenem Ermessen beansprucht Washington insbesondere darüber zu bestimmen, welche Akteure als Terroristen und Rechtsbrecher zu gelten haben und wie man ihnen beikommen soll. In der Praxis führt dies beispielsweise zu einer energischen Intervention in der strategisch bedeutsamen Golfregion, während das beharrliche Drängen von europäischen und arabischen Staaten auf ein nachhaltiges Engagement zugunsten einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts kaum Beachtung findet.

Neben der amerikanischen Haltung werden den Verbündeten nur in sehr begrenztem Umfang Spielräume für eigene Positionierungen zugestanden, wie Präsident Bush bereits wenige Tage nach den Anschlägen des 11. September

²⁷ Polyb. 23,17,4. Vgl. dazu R. Malcolm Errington, *Philopoemen*. Oxford 1969, 116-215, bes. 187; Andreas Bastini, *Der achäische Bund als hellenische Mittelmacht. Geschichte des achäischen Koinon in der Symmachie mit Rom*. Frankfurt/Main 1987, 63-177; Ferrary 1988 (wie Anm. 16), 121-124, auch 291-303.

²⁸ Vgl. App. Syr. 49; Iust. 40,2,2-5; dazu Glanville Downey, *The Occupation of Syria by the Romans*, TAPhA 82, 1951, 149-163; Heinrich Koehler, *Die Nachfolge in der Seleukidenherrschaft und die parthische Haltung im römisch-pontischen Konflikt*. Bochum 1978, 58-78.

klarmachte: „Either you are with us, or you are with the terrorists“.²⁹ Da es der derzeitigen US-Administration im wesentlichen gelingt, die internationale Debatte auf die dichotomische Alternative von Kooperation oder Verweigerung zu verengen, kann sie mit der Konzentration auf militärische Handlungsoptionen zugleich unliebsame Themen wie die strukturellen Ursachen von Terrorismus und Anti-Amerikanismus von der Tagesordnung verdrängen.³⁰ Kritische Meinungsäußerungen innerhalb des transatlantischen Bündnisses sind in diesem Zusammenhang weitgehend unerwünscht; vielmehr wird von den Verbündeten – und insbesondere von Deutschland – Dankbarkeit für das jahrzehntelange amerikanische Engagement in Europa seit der Mitte des 20. Jahrhunderts erwartet.

Obschon sowohl für Rom als auch für die USA rein logistisch eine bedingte Abhängigkeit von geeigneten Operationsbasen und regionalen Verbündeten besteht, reichen die Fähigkeiten beider Mächte zumindest aus militärischer Sicht prinzipiell aus, um unilateral agieren zu können. Je nach Präferenzen und Rahmenbedingungen stellt sich aus der Perspektive des Hegemons folglich die Frage nach der Einbindung des eigenen Vorgehens, welches entweder im Alleingang oder im Verein mit einer Koalition bzw. in kollektivem Einvernehmen erfolgen kann. Während einseitige Aktionen grundsätzlich den Vorteil bieten, sämtliche Entscheidungen ohne Konsultationen und Kompromisse mit anderen treffen zu können, versprechen Gemeinschaftsunternehmungen nicht nur eine Verminderung der eigenen Lasten, sondern auch eine Stärkung der Akzeptanz der jeweiligen Maßnahmen.

Aufgrund der Mobilität ihrer überlegenen High-Tech-Waffen verfügen dabei insbesondere die Vereinigten Staaten über einen sehr breiten Handlungsspielraum: Viel eher als die Römer können sie sich im Rahmen von ‚Koalitionen der Willigen‘ mit der Hilfe derjenigen begnügen, die sich aus eigenem Antrieb oder gegen einen verhältnismäßig geringen Preis dazu bereit erklären. Ausdruck dieser größeren Entscheidungsfreiheit Amerikas ist ein ausgesprochen instrumentelles Verständnis von Multilateralismus, wie es sich besonders deutlich in der neuen bündnispolitischen Maxime der Bush-Administration

²⁹ So in einer Rede vor dem amerikanischen Kongreß vom 20. 9. 2001 (<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>).

³⁰ Vgl. dazu *August Pradetto*, Instrumenteller Multilateralismus und servile Rezeption. Der Irak, die USA und Europa, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 48.2, 2003, 163-174, hier 171-174.

äußert, derzufolge die Mission die Koalition bestimmen soll und nicht umgekehrt.³¹

Indessen sind die formalen und praktischen Möglichkeiten für unilaterales Handeln vor allem in der Gegenwart durch die Ordnung der Staatengemeinschaft, durch die Normen des Völkerrechts und durch die mögliche Kritik der internationalen Öffentlichkeit begrenzt. Im Unterschied zum antiken Rom sind die Vereinigten Staaten in komplexer Weise eingebunden in internationale Organisationen, transnationale Regime und regionale Verbände wie die Vereinten Nationen, die Institutionen der Weltwirtschaft und die OSZE, deren Entscheidungen sie zwar zum Teil massiv beeinflussen, aber keineswegs beliebig diktieren können.³² Gewiß ist die einzig verbliebene Supermacht faktisch in der Lage, kollektive Einrichtungen bei Bedarf zu umgehen, wie sie es letztlich in der Irakfrage getan hat, oder sich ihnen gänzlich zu verschließen, wie sie es etwa im Fall des Internationalen Strafgerichtshofs oder des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz tut, doch entstehen dabei unweigerlich Kosten in Form von Ansehensverlusten und einer Destabilisierung des internationalen Ordnungsrahmens.³³ Dessen Bedeutung – gerade auch für die USA selbst – erhellt wiederum aus dem oben beschriebenen Umstand, daß drängende Probleme wie die Bekämpfung von grenzüberschreitenden Terrornetzwerken und organisierter Kriminalität einer unilateralen Lösungsstrategie überhaupt nicht zugänglich sind.

Ungeachtet des Umfangs der Beteiligung von Alliierten beansprucht die Hegemonialmacht in der Regel die Führungsrolle bei der Planung und Durchführung von Gemeinschaftsaktionen. So lag bzw. liegt die operative Gestaltung der jüngsten Interventionen in Afghanistan und im Irak sehr weitgehend in den Händen Amerikas, während den europäischen Bündnispartnern eine

³¹ Vgl. z.B. den Jahresbericht von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vom 15. 8. 2002 (<http://www.defenselink.mil/execsec/adr2002/toc2002.htm>), Kap. 3. Zur Problematik von Unilateralismus und Multilateralismus vgl. ferner *Nye* 2002 (wie Anm. 17), 154-163; *Frank C. Schuller/Thomas D. Grant*, *Executive Diplomacy. Multilateralism, Unilateralism and Managing American Power*, *International Affairs* 79.1, 2003, 37-51.

³² Vgl. dazu grundsätzlich *Robert O. Keohane*, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton/N.J. 1984, bes. 31-132; *Harald Müller*, *Die Chance der Kooperation. Regime in den internationalen Beziehungen*. Darmstadt 1993; ferner *Hedley Bull*, *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics*. New York 1977.

³³ Aktuell zu den Gefahren der ‚imperialen‘ Tendenzen der Bush-Administration vgl. *G. John Ikenberry*, *America's Imperial Ambition*, *Foreign Affairs* 81.5, 2002, 44-60; *Mary Kal-dor*, *American Power. From ‚Compellance‘ to Cosmopolitanism?*, *International Affairs* 79.1, 2003, 1-22; *Edward Rhodes*, *The Imperial Logic of Bush's Liberal Agenda*, *Survival* 45.1, 2003, 131-153.

aktive Rolle vor allem bei der politischen und wirtschaftlichen Konfliktbewältigung zgedacht wird. In noch höherem Maße pflegten auch die Römer autonom über militärische Operationen zu entscheiden und erwarteten von ihren Freunden neben materieller Unterstützung in erster Linie, daß sie ihre jeweilige Heimatregion im Sinne der von Rom bestimmten Ordnung stabilisieren sollten.³⁴

Sehr deutlich tritt darüber hinaus bei den Vereinigten Staaten der Führungsanspruch auf dem Feld der ideologischen Konfliktaustragung hervor, der sich während des Kalten Krieges in Kampfbegriffen wie *evil empire* und *freedom fighters* niederschlug und derzeit in Konstrukten wie *war on terrorism* und *axis of evil* sichtbar wird. Während die Amerikaner ihre Werte auch nach außen betont offensiv vertreten, fehlte auf römischer Seite zumindest anfänglich ein entsprechendes Sendungsbewußtsein.³⁵ Politische Propaganda zugunsten der eigenen Außenpolitik wurde freilich dennoch betrieben: für die Freiheit (*eleutheria*) der Griechen, für die römische *fides*, die zugleich Vertrauen und Ergebenheit gegenüber Rom implizierte, und gegen barbarische Hybris, Grausamkeit und Dekadenz.³⁶

Selbst wenn der Hegemon politisch, militärisch und ideologisch die Führungsrolle für sich reklamiert und gegebenenfalls unilateral entscheidet, erwartet er doch je nach Umfang und Zielsetzung seines Vorgehens verschiedene Formen

³⁴ Vgl. dazu Braund 1984 (wie Anm. 10), 91-93.

³⁵ Vgl. für die USA z.B. Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation vom 28. 1. 2003 (<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/01/20030128-19.html>): „The liberty we prize is not America’s gift to the world, it is God’s gift to humanity“; allgemein dazu Walter Russell Mead, *Special Providence. American Foreign Policy and How It Changed the World*. New York 2002, 132-173. Für die römische Republik vgl. Rene Pfeilschifter, *Andere Länder, andere Sitten? Mores als Argument in der republikanischen Außenpolitik*. In: Bernhard Linke/Michael Stemmler (Hgg.), *Mos maiorum*. Untersuchungen zu den Formen der Identitätsstiftung und Stabilisierung in der römischen Republik. Stuttgart 2000, 99-140, bes. 131-134. Erst in augusteischer Zeit läßt sich eine römische Herrschafts-ideologie quellenmäßig greifen, vgl. bes. Verg. Aen. 6,851-853 (*tu regere imperio populos, Romane, memento, ...*).

³⁶ Zu *fides* und *libertas* s.o. Anm. 26. Zur politischen Instrumentalisierung des Barbarenbildes vgl. Holger Sonnabend, *Fremdenbild und Politik. Vorstellungen der Römer von Ägypten und dem Partherreich in der späten Republik und frühen Kaiserzeit*. Frankfurt/Main 1986, 157-299; Dieter Timpe, *Rom und die Barbaren des Nordens*. In: Schuster 1996 (wie Anm. 15), 34-50; ferner Bernhard Kremer, *Das Bild der Kelten bis in augusteische Zeit. Studien zur Instrumentalisierung eines antiken Feindbildes bei griechischen und römischen Autoren*. Stuttgart 1994, z.B. 330f. Ein Panorama der römischen Barbarentopik bieten J.P.V.D. Balsdon, *Romans and Aliens*. London 1979 und Yves Albert Dauge, *Le Barbare. Recherches sur la conception romaine de la barbarie et de la civilisation*. Bruxelles 1981.

der Unterstützung von seinen Freunden. Neben der Zahlung von Kontributionen und der Stellung von Truppen können in diesem Zusammenhang logistische Hilfe und politische sowie diplomatische Rückendeckung verlangt werden. Die Erfüllung der jeweiligen Wünsche und Anforderungen von Seiten des schwächeren Partners wird dabei zumeist als selbstverständlich vorausgesetzt und nötigenfalls mittels eindringlicher Appelle oder gar Drohungen eingefordert.

Roms Anspruch auf unbedingten Gehorsam zeigt sich besonders deutlich in den Ereignissen nach dem Sieg über den Makedonenkönig Perseus bei Pydna (168 v. Chr.). Im Windschatten dieser Auseinandersetzung hatte Antiochos IV. von Syrien Ägypten erobert, doch sah er sich schon wenige Wochen nach der Entscheidung des Krieges in Europa auf demütigende Weise um den Lohn seiner Erfolge gebracht: Ohne den Gruß des Königs zu erwidern – so berichtet Polybios – forderte der römische Gesandte C. Popillius Laenas den Seleukiden gleich bei seiner Ankunft am nordafrikanischen Kriegsschauplatz zur Preisgabe der Eroberungen auf, „da er es nicht für angemessen hielt, das Zeichen der Freundschaft eher zu geben, als er die Gesinnung des Grüßenden erkannt hatte, ob er Freund oder Feind sei“. Als sich Antiochos daraufhin zur Beratung mit seinem Gefolge zurückziehen wollte, zog Popillius mit einem Stab im Sand eine Linie um den König und hieß ihn auf den entsprechenden Senatsbeschluß antworten, noch ehe er jenen Kreis verlassen haben würde. Der Seleukide gab nach, wohl wissend, daß ihn ein Bruch mit Rom die eigene Existenz kosten konnte.³⁷

Demgegenüber haben Amerikas Verbündete zwar mit weniger drastischen Konsequenzen für unbotmäßiges Verhalten zu rechnen, doch artikuliert im Bedarfsfall auch Washington seine Erwartungen durchaus unmißverständlich. Sicherheitspolitisch werden Alliierte dabei von der Bush-Administration weniger als eigenständige Akteure denn als bereitwillige Dienstleister für amerikanische Projekte verstanden, denen abweichende Meinungsäußerungen – ob in der UNO oder in der NATO – als unzulässige Blockadepolitik ausgelegt werden. In diesem Sinne kündigte der Präsident bereits zu Beginn des ‚Kriegs gegen den Terrorismus‘ lakonisch an, was er von Amerikas Freunden erwartet: „a coalition partner must perform“.³⁸ Tatsächlich scheint es den Verbün-

³⁷ Vgl. Polyb. 29,27,1-8; ähnlich Cic. Phil. 8,23; dazu *Anssi Lampela*, *Rome and the Ptolemies of Egypt. The Development of Their Political Relations 273-80 B.C.* Helsinki 1998, 124-138; *M. Gwyn Morgan*, *The Perils of Schematism. Polybius, Antiochus Epiphanes and the ‚Day of Eleusis‘*, *Historia* 39, 1990, 37-76; *Gruen* 1984 (wie Anm. 26), 114f. u. 648-660.

³⁸ So auf einer Pressekonferenz mit Jacques Chirac am 6. 11. 2001 (<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/11/20011106-4.html>).

deten in der Praxis kaum möglich, sich den Forderungen Washingtons gänzlich zu entziehen. So sah sich auch die rot-grüne Bundesregierung, die schon für den Einsatz in Afghanistan eine parlamentarische Vertrauensabstimmung riskiert hatte, im jüngsten Irakkonflikt genötigt, einem über die NATO vorgebrachten Beistandsgesuch nachzukommen und – neben den bereits in Kuwait stationierten Fuchs-Spürpanzern – zum Schutz der Türkei Patriot-Abwehrraketen und AWACS-Aufklärungsflugzeuge bereitzustellen.

Selbst eine Politik der bedingten Loyalität bietet jedoch keine Gewähr für die Beständigkeit der Freundschaft. Zwar wird diese nicht notwendigerweise aufgekündigt, doch müssen zurückhaltende Partner gegebenenfalls empfindliche Sanktionen hinnehmen. Im Anschluß an den römischen Sieg über Perseus (168 v. Chr.) bekamen vor allem die befreundeten Rhodier und Pergamener die Unzufriedenheit der Supermacht zu spüren, nachdem sie in ihrer Unterstützung verschiedentlich gezauert und über alternative Handlungsoptionen nachgedacht hatten. Beide mußten territoriale Einbußen hinnehmen, wobei Rhodos durch die Einrichtung eines Freihafens auf Delos und Eumenes II. von Pergamon durch die Ermutigung der benachbarten Galater zu Überfällen auf sein Reich zusätzlich geschwächt wurden.³⁹

Ähnlich ist gegenwärtig innerhalb der transatlantischen Allianz zu beobachten, daß US-Vertreter zögernde Verbündete nicht nur als unzuverlässig anprangern, sondern auch zu bedrängen und zu isolieren versuchen. Insbesondere die provozierenden Kommentare von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sorgten in diesem Kontext wiederholt für Aufsehen, etwa die abschätzige Bezeichnung Deutschlands und Frankreichs als *old Europe*.⁴⁰ ‚Bestraft‘ wurde Berlin überdies durch die Beschneidung von Kommunikationschancen und die ostentative Verweigerung persönlicher Begegnungen auf höchster Ebene. Zusätzlicher Schaden drohte der Bundesregierung dadurch, daß die Bush-Administration während des Wahlkampfs offen ihre Präferenz für einen Sieg der Opposition zu erkennen gab. Ungleich massiver intervenierte demgegenüber Rom beispielsweise im Fall des oben genannten Eume-

³⁹ Vgl. dazu Gruen 1984 (wie Anm. 26), 558-584; Badian 1958 (wie Anm. 3), 98-106; Thérèse Liebmman-Frankfort, *La frontière orientale dans la politique extérieure de la République romaine. Depuis le traité d'Apamée jusqu'à la fin des conquêtes asiatiques de Pompée* (189/8-63). Bruxelles 1969, 94-101; Hans-Ulrich Wiemer, *Krieg, Handel und Piraterie. Untersuchungen zur Geschichte des hellenistischen Rhodos*. Oldenburg 2002, 289-339.

⁴⁰ So auf einer Pressekonferenz am 22. Januar 2003 (http://www.defenselink.mil/news/jan2003/t01232003_t0122sdfpc.html). Zum Echo der Äußerungen Rumsfelds vgl. ‚Das alte Europa antwortet Herrn Rumsfeld‘, FAZ, 24. 1. 2003, 33 u. 35.

nes, indem es dessen Bruder Attalos zum Sturz des Königs aufforderte und dabei das Risiko eines pergamenischen Bürgerkriegs in Kauf nahm.⁴¹

Abhängig von der jeweiligen Konstellation verfügen die Freunde des Hegemons indessen über einen keineswegs unbeträchtlichen Gestaltungsspielraum. So können insbesondere Regionalmächte unter Umständen eine eigenständige Rolle als Vermittler spielen, wie sie zum Beispiel befreundete Könige der Römer bei Konflikten mit den Parthern übernahmen oder wie sie seit mehreren Jahrzehnten Ägypten im Nahen Osten auszufüllen versucht. Unbestreitbar reichen derartige Möglichkeiten heute jedoch sehr viel weiter als vor 2000 Jahren, zumal einige der Freunde Amerikas auch im überregionalen Maßstab eigene diplomatische Akzente setzen. Zugleich pflegen Mediationsversuche allerdings in der Gegenwart wie in der Antike von allen Seiten argwöhnisch betrachtet zu werden und können so die vermittelnde Partei selbst in Mißkredit bringen.⁴²

Darüber hinaus besteht gegebenenfalls die Möglichkeit, die Führungsmacht im Rahmen von Verhandlungen zu beeinflussen und dabei Zugeständnisse zu erreichen. So spiegeln etwa die oben erwähnten Freiheitserklärungen aus dem frühen zweiten Jahrhundert v. Chr. unverkennbar die Mitwirkung griechischer Städte an der Entscheidungsfindung wider.⁴³ Für die gegenwärtige Situation mag ein skizzenhafter Vergleich der politischen Strategien Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in der Irakfrage die verschiedenen Handlungsoptionen deutlich machen. Während nämlich einerseits die Briten ihre volle Kooperationsbereitschaft erklärten und zugleich in internen Gesprächen auf eine Einbindung der Vereinten Nationen drängten, forderten andererseits die Franzosen zunächst einen ernsthaften Versuch der friedlichen Konfliktlösung durch neuerliche Waffeninspektionen, ohne freilich ihre Beteiligung an militärischen Zwangsmaßnahmen grundsätzlich auszuschließen. Obschon letztlich weder London noch Paris einen Krieg verhindern konnten, scheinen sie damit die vorübergehende Öffnung Washingtons zugunsten eines multilateralen Ansatzes wesentlich eher befördert zu haben als die Bundesre-

⁴¹ Allerdings blieb Attalos seinem Bruder treu. Vgl. Polyb. 30,1-3; dazu die Verweise in Anm. 39. Zur Bedeutung des Rückhalts der jeweiligen Führungsmacht für die Stabilität der Herrschaft von befreundeten Machthabern s. das folgende Kapitel.

⁴² Für Rom mögen dies wiederum Eumenes und die Rhodier belegen. Zu weiteren Beispielen vgl. Braund 1984 (wie Anm. 10), 95-97.

⁴³ S. die Verweise in Anm. 26 gegenüber Badian 1958 (wie Anm. 3), 73f.

gierung, die sich durch die kategorische Ablehnung der amerikanischen Pläne frühzeitig in eine diplomatische Sackgasse manövriert hatte.⁴⁴

Wesentlich aussichtsreicher sind derartige Beeinflussungsversuche, wenn sich mehrere befreundete Staaten und unter Umständen auch nichtstaatliche Akteure auf eine gemeinsame Position verständigen, deren Gewicht der Hegemon schwerlich ignorieren kann. In der Antike ergaben sich entsprechende Möglichkeiten aufgrund der schwachen Vernetzung der Freunde untereinander nur in geringem Umfang, zumal sich nötigenfalls die Römer ihrerseits entschlossen zeigten, ein *ganging-up* ihrer Verbündeten zu verhindern.⁴⁵ Auch in der Gegenwart gelingt es selbst unter den eng miteinander verflochtenen Europäern zumindest auf den klassischen Feldern der Diplomatie oft nur sehr ungenügend, die jeweiligen Einzelpositionen wirksam zu koordinieren. Ungeachtet fortwährender Bekenntnisse zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurden etwa im jüngsten Irakkonflikt wiederholt gegensätzliche Erklärungen verschiedener Staaten außerhalb des Gemeinschaftsrahmens abgegeben, während sich der Europäische Rat insgesamt nur äußerst mühsam auf allseits akzeptable Formelkompromisse verständigen konnte.⁴⁶

Besonders in Handelsfragen hat hingegen eine gemeinsame europäische Verhandlungsstrategie in der jüngeren Vergangenheit beachtliche Erfolge gezeitigt. Im transatlantischen Disput über Steuervergünstigungen für amerikanische Exportfirmen mußten die Vereinigten Staaten beispielsweise im Jahr 2002 eine schmerzliche Niederlage vor der Berufungskommission der Welthandelsorganisation (WTO) hinnehmen, wodurch die Europäer zu Vergeltungsmaß-

⁴⁴ Zur Notwendigkeit einer kooperativen Grundhaltung Europas vgl. *Christoph Bertram*, Europe's Best Interest. Staying Close to Number One, *Internationale Politik und Gesellschaft* 10.1, 2003, 61-70.

⁴⁵ Aufschlußreich ist die brüske Auflösung des Königstreffens von Tiberias (ca. 43 n. Chr.), welches mitnichten eine reale Bedrohung für die römische *maiestas* bedeutete. Vgl. *Ios. Ant. Iud.* 19,340-342; dazu *Daniel R. Schwartz*, Agrippa I. The Last King of Judaea. Tübingen 1990, 137-140.

⁴⁶ Vgl. vor allem den gemeinsamen Brief von acht europäischen Staaten ('Europe and America Must Stand United'), *The Times*, 30. 1. 2003, die russisch-deutsch-französischen Initiativen seit dem 10. 2. 2003 (*online*-Versionen unter <http://www.bundesregierung.de>) sowie die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 19. 2. und 20./21. 3. 2003 (*online*-Versionen unter <http://ue.eu.int/en/info/eurocouncil/index.htm>). Zum Versagen der EU-Außenpolitik in der Irakfrage vgl. *Joachim Fritz-Vannahme/Petra Prinzler*, Die gefallenen Sterne, *Die Zeit*, 6. 2. 2003, 3; *Josef Joffe*, Round 1 Goes to Mr. Big, *The New York Times*, 10. 2. 2003, *online*-Version sowie die Kommentare in der jeweiligen Tagespresse.

nahmen in Höhe von vier Milliarden US-Dollar ermächtigt wurden.⁴⁷ Ein annähernd damit vergleichbares Gewicht der EU auf dem Feld der Sicherheitspolitik ließe sich indes nicht allein durch das Fortschreiten des europäischen Integrationsprozesses gewinnen, sondern setzte vor allem auch eine erfolgreiche Strategie zur Beeinflussung der inneramerikanischen Debatte voraus.

Zwischen Personalisierung und Institutionalisierung

Bei den bisherigen Betrachtungen wurde weitgehend davon abstrahiert, daß Staaten und Gesellschaften keine monolithischen Blöcke darstellen, sondern ihrerseits in ihrem außenpolitischen Verhalten von den verschiedensten Akteuren, Bedingungen und Ideen gesteuert und beeinflusst werden. Von großer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang fraglos die jeweilige konstitutionelle Struktur – in Rom eine überwiegend aristokratische Mischverfassung, in Amerika eine präsidentiale Demokratie –, die darin verankerten Kontrollmechanismen sowie die Prozesse gesellschaftlicher Willensbildung und Interessenvertretung.

Da das Konzept der Freundschaft elementar auf zwischenmenschlichen Kontakten aufbaut und zudem gerade staatliche Spitzenvertreter in der Öffentlichkeit gerne auch als persönliche Freunde figurieren, stellt sich freilich im Rahmen der vorliegenden Untersuchung insbesondere die Frage nach dem Stellenwert der personalen Komponente auswärtiger Beziehungen.⁴⁸ Zweifelsohne haben nämlich kommunikative Fähigkeiten und die ‚Chemie‘ zwischen Individuen seit jeher eine wichtige Rolle bei der Gestaltung von Verbindungen zwischen verschiedenen Gemeinwesen gespielt. Greifbar wird dieser persönliche Faktor zunächst im Verhältnis der Gastfreundschaft (*hospitium*), das in Rom wie in Griechenland am Anfang der Entwicklung zwischenstaatlicher Freundschaftsbeziehungen stand.⁴⁹

⁴⁷ Vgl. dazu *Edward Alden* u.a., Ruling Opens New Chapter in US-EU Trade Dispute, *Financial Times*, 15. 1. 2002; *Frances Williams*, WTO Arms Europeans with Weighty Weapon, *Financial Times*, 31. 8. 2002; *Edmund L. Andrews*, U.S. Rebuked. Slapping the Hand That Fed Free Trade, *The New York Times*, 1. 9. 2002, *online-Versionen*.

⁴⁸ Vgl. dazu allgemein *Daniel L. Byman/Kenneth M. Pollack*, Let Us Now Praise Great Men. Bringing the Statesman Back In, *International Security* 25.4, 2001, 107-146 mit weiteren Literaturhinweisen.

⁴⁹ Vgl. dazu *Barbara Wagner-Hasel*, Gastfreundschaft, *DNP* 4, 1998, 793-797; *Philippe Gauthier*, Notes sur l'étranger et l'hospitalité en Grèce et à Rome, *AncSoc* 4, 1973, 1-21; *Maxime Lemosse*, *Hospitium*. In: Vincenzo Giuffrè (Hg.), *Sodalitas*. Scritti in onore di Antonio Guarino. Napoli 1984, Bd. 3, 1269-1281; *John Nicols*, *Hospitium* and Political Friendship in the Late Republic. In: Peachin 2001 (wie Anm. 3), 99-108.

Vor allem im späteren Verlauf der römischen Republik gewannen persönliche Verbindungen zu einflußreichen Fremden zunehmend an politischer Bedeutung. Im zweiten Jahrhundert stützte sich etwa ein Scipio Aemilianus bei der Einnahme des spanischen Numantia (133 v. Chr.) ganz wesentlich auf die militärischen und finanziellen Ressourcen, die ihm befreundete Könige wie Micipsa von Numidien, Attalos III. von Pergamon oder Antiochos VII. von Syrien zur Verfügung stellten, nachdem der Senat die benötigten Mittel verweigert hatte.⁵⁰ Führende Senatoren wie Pompeius und Caesar vermochten es dann im folgenden Jahrhundert, mit außerordentlichen Imperien über weite Gebiete des Mittelmeerraums zu walten und sich dabei zahlreiche Aristokraten, Städte und Dynasten persönlich zu verpflichten.⁵¹ Ihren Endpunkt erreichte diese Entwicklung schließlich im Prinzipat des Augustus, der auswärtige Freundschaften in zuvor nie dagewesenem Ausmaß auf sich und seine Familie konzentrierte. So rühmt er sich in seinem Tatenbericht, daß ihn zahlreiche Völker, darunter die zuvor mit Rom verfeindeten Parther und selbst Gesandte aus Indien, um seine Freundschaft ersucht hätten.⁵²

Auch in der Gegenwart kommt der persönlichen Interaktion von Staatsmännern zumindest in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit eine herausragende Bedeutung zu. Seit der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts besteht zum einen durch den sprunghaften Zuwachs an Mobilität die Möglichkeit der ständigen Begegnung von staatlichen Spitzenvertretern, zum anderen werden solche Gipfeltreffen durch die Berichterstattung der Medien von einem Millionenpublikum wahrgenommen. So scheint beispielsweise die jahrzehntelange Funktionsfähigkeit des deutsch-französischen Tandems durch die persönliche Nähe

⁵⁰ Vgl. A.E. Astin, *Scipio Aemilianus*. Oxford 1967, 136f.; Francisco Pina Polo, *Die Freunde des Scipio Aemilianus im numantinischen Krieg*. Über die sogenannte *cohors amicorum*. In: Peachin 2001 (wie Anm. 3), 89-98 mit Quellenangaben.

⁵¹ Vgl. dazu Louis Harmand, *Le patronat sur les collectivités publiques des origines au Bas-Empire. Un aspect social et politique du monde romain*. Paris 1958, 117-145; Wolfgang Hoben, *Untersuchungen zur Stellung kleinasiatischer Dynastien in den Machtkämpfen der ausgehenden römischen Republik*. Diss. Mainz 1969, bes. 212-221; Tadasuke Yoshimura, *Die Auxiliartruppen und die Provinzialklientel in der Römischen Republik*, *Historia* 10, 1961, 473-495.

⁵² Vgl. *Res gestae divi Augusti* 25-33. Zu den auswärtigen Freunden des Augustus vgl. G.W. Bowersock, *Augustus and the Greek World*. Oxford ²1966, 30-61; Michaela Stein-Kramer, *Die Klientelkönigreiche Kleinasiens in der Außenpolitik der späten Republik und des Augustus*. Berlin 1988. Generell zur augusteischen Außenpolitik vgl. z.B. Dietmar Kienast, *Augustus. Prinzeps und Monarch*. Darmstadt ³1999, 332-372; Erich S. Gruen, *The Expansion of the Empire under Augustus*. In: Alan K. Bowman u.a. (Hgg.), *The Cambridge Ancient History*, Bd. 10. Cambridge ²1996, 147-197.

und routinemäßige Abstimmung der jeweiligen Staats- und Regierungschefs erheblich befördert worden zu sein.⁵³

Als Ausweis der Vertrautheit zwischen befreundeten Staatsmännern gelten dabei nicht nur regelmäßige Begegnungen und Telephonate, sondern auch die Inszenierung der Freundschaft durch ‚private‘ Unternehmungen wie gemeinsame Schiffsausflüge, Saunabesuche oder Ranch-Besichtigungen. Aus deutscher Perspektive werden insbesondere die außenpolitischen Erfolge der Ära Kohl zu einem wesentlichen Teil auf die vielbeschworenen ‚Männerfreundschaften‘ des langjährigen Kanzlers mit weltpolitischen Schwergewichten wie George Bush sen. und Michail Gorbatschow zurückgeführt.⁵⁴

In ähnlicher Weise bedeuteten persönliche Beziehungen zu auswärtigen Freunden auch im antiken Rom nicht nur einen Machtzuwachs für bestimmte Senatoren, sondern eröffneten zugleich deren jeweiligen Partnern wertvolle Kanäle für eine wirksame Interessenvertretung. So ließ man beispielsweise dem Numiderkönig Iugurtha, der im Feldlager des Scipio Aemilianus vor Numantia enge Kontakte zur Nobilität aufgebaut hatte, die Ermordung seines Rivalen Hiempsal ungestraft durchgehen; die Beseitigung des Mitregenten Adherbal führte zwar zur Kriegserklärung durch den Senat, doch wurde der militärische Konflikt rasch beigelegt, ehe Iugurtha schließlich die Gelegenheit seiner Rechtfertigung in Rom dazu nutzte, sich eben dort auch seines Konkurrenten Massiva zu entledigen (118-111 v. Chr.).⁵⁵

⁵³ Vgl. *Hélène Miard-Delacroix*, *Partenaires de choix? Le chancelier Helmut Schmidt et la France (1974-1982)*. Berne 1993, bes. 87-98; *Christoph Lind*, *Die deutsch-französischen Gipfeltreffen der Ära Kohl-Mitterand 1982-94. Medienspektakel oder Führungsinstrument?* Baden-Baden 1998, bes. 259-274; ferner den Überblick bei *Pierre Jardin/ Adolf Kimmel*, *Introduction*. In: dies. (Hgg.), *Les relations franco-allemandes depuis 1963*. Paris 2001, 19-45.

⁵⁴ Vgl. dazu *Stefan Fröhlich*, „Auf den Kanzler kommt es an“. Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung. Paderborn 2001, 109-124 u. 259-285; ferner *Hanns Jürgen Küsters/ Daniel Hoffmann* (Hgg.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*. München 1998 sowie die Versionen der Protagonisten selbst, bes. *Helmut Kohl*, „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargestellt von Kai Diekmann u. Ralf Georg Reuth. Berlin 1996 und *Michail Gorbatschow*, *Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung*, aus dem Russischen von Kurt Baudisch. Berlin 1999, 55-166.

⁵⁵ Vgl. Sall. Iug. 8-35; dazu *Hans Werner Ritter*, *Rom und Numidien. Untersuchungen zur rechtlichen Stellung abhängiger Könige*. Lüneburg 1987, 89-101; *Dieter Timpe*, *Herrschaftsidee und Klientelstaatenpolitik in Sallusts bellum Jugurthinum*, *Hermes* 90, 1962, 334-375, bes. 351-356 u. 364-369.

Grundsätzlich stellte die Rückendeckung Roms bzw. führender Römer für befreundete Herrscher nicht nur nach außen, sondern gerade auch im Inneren eine wichtige Stütze der eigenen Herrschaft dar. Abhängige Regenten waren daher oftmals bereit, gewaltige Summen für ihre offizielle Anerkennung als ‚ernannter König‘ (*rex appellatus*) und ‚Freund des römischen Volkes‘ (*amicus populi Romani*) zu investieren.⁵⁶ Seit dem frühen ersten Jahrhundert v. Chr. legten sich einige Dynasten zudem den Titel *Philorhomaioi* bzw. später auch *Philokaisar* bei, um so gleichermaßen vor den Römern, vor ihren eigenen Untertanen und vor dritten Mächten ihre politische Gesinnung und ihren Anspruch auf legitime Herrschaft zu bekunden.⁵⁷

Im Bemühen um die Gunst einflußreicher Fürsprecher leisteten die Klientelkönige etwa im Rahmen der Aufnahme römischer Gastfreunde mannigfaltige Dienste und zeigten ihre Solidarität durch aufwendige ‚Wohltaten‘ im gesamten Reich.⁵⁸ Geradezu extravagant muten die zahllosen Leistungen Herodes' I. von Judaea an: Mit ungeheurem Prunk bewirtete dieser Herrscher beispielsweise im Jahr 30 v. Chr. den durch sein Land gen Ägypten ziehenden Octavian samt dessen Armee, wobei er seine Gäste reichlich beschenkt und allein dem jungen Caesar 800 Talente vermacht haben soll. Erst kurz zuvor war Herodes als ehemaliger Anhänger des besiegten Mark Anton von Octavian begnadigt worden und fühlte sich daher der Aufforderung des späteren Princeps verpflichtet, seinem neuen Schutzherrn kein geringerer Freund zu sein als seinem alten.⁵⁹

⁵⁶ Vgl. dazu bes. Braund 1984 (wie Anm. 10), 23-37.

⁵⁷ In solchen Titeln verbanden sich hellenistische und römische Traditionen. Vgl. dazu Chryssoula Veligianni, *Philos* und *philos*-Komposita in den griechischen Inschriften der Kaiserzeit. In: Peachin 2001 (wie Anm. 3), 63-80; auch Braund 1984 (wie Anm. 10), 105-107; Ferrary 1988 (wie Anm. 16), 497-504. Zum ersten Mal ist *Philorhomaioi* für Ariobarzanes I. von Kappadokien bezeugt, der mit Roms Hilfe eine neue Dynastie begründete, vgl. Richard D. Sullivan, *Near Eastern Royalty and Rome, 100-30 B.C.* Toronto 1990, 54-58 mit Belegen. *Philokaisar* läßt sich zuerst für Herodes I. von Judaea nachweisen; überdies begegnet bereits 27 v. Chr. der Titel *Philosebastos* („Augustusfreund“), vgl. Veligianni 2001, 67⁶⁰ u. 70⁸⁵ für Belege. Zur bildlichen Selbstdarstellung einiger *Philorhomaioi* vgl. ferner den Deutungsvorschlag von R.R.R. Smith, *Hellenistic Royal Portraits*. Oxford 1988, 125-134.

⁵⁸ Vgl. dazu bes. Braund 1984 (wie Anm. 10), 75-90.

⁵⁹ Vgl. Ios. Ant. Iud. 15,187-201 u. Bell. Iud. 1,386-397; dazu Abraham Schalit, *König Herodes. Der Mann und sein Werk*. Berlin 1969, 127-131, auch 412-450; Peter Richardson, *Herod. King of the Jews and Friend of the Romans*. Columbia/S.C. 1996, 171-173, auch 226-234; ferner Joseph Geiger, *Herodes Philorhomaioi*, *AncSoc* 28, 1997, 75-88. – 800 Talente entsprachen im Vorderen Orient ca. 25360 kg Silber oder, wie Vergleichswerte ergeben (vgl. Ulrich Luz, *Das Evangelium nach Matthäus*, Bd. 3. Zürich 1997, 68f. mit Anm. 32), schätzungsweise zwei Dritteln der jährlichen Steuereinkünfte des Herodes.

Auch in der Gegenwart kann die persönliche Nähe zu führenden Repräsentanten der amerikanischen Administration die innenpolitische Position von Machthabern aus aller Welt entscheidend stützen. Während ihren Herausforderern bestenfalls eine kurze Audienz im Weißen Haus zuteil wird, vermögen amtierende Staats- und Regierungschefs gerade vor einem Wahltermin häufig aus ihren guten Beziehungen zu Washington Kapital zu schlagen. So konnte sich etwa Helmut Kohl als Kanzler der Wiedervereinigung nicht zuletzt bei seinen Begegnungen mit dem jeweiligen US-Präsidenten wirkungsvoll als gewandter Staatsmann präsentieren. Umgekehrt wurde es Gerhard Schröder im Bundestagswahlkampf 2002 negativ angerechnet, daß er im Zuge der Irakdebatte offenbar über mehrere Wochen nicht mit dem amerikanischen Staatsoberhaupt telephonierte.⁶⁰

Wenn in diesem Kapitel die Bedeutung persönlicher Freundschaftsverhältnisse zwischen führenden Politikern hervorgehoben wurde, so sollen andere Komponenten auswärtiger Beziehungen deshalb nicht unterschätzt werden. Dies gilt für die Gegenwart ungleich stärker als für die Antike: Eine Vielzahl von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene verleiht heute den Verbindungen zwischen den Staaten und Gesellschaften der OECD-Welt ein wesentlich höheres Maß an Kontinuität und Stabilität. Städtepartnerschaften und Austauschprogramme, kulturelle und wirtschaftliche Begegnungen haben das Fundament dieser Beziehungen erheblich verbreitert. Auch im engeren politischen Bereich verfügen einzelne Akteure gegenüber mächtigen Verwaltungsapparaten und vielschichtigen Konsultationsmechanismen nur über begrenzte Spielräume für individuelle Entscheidungen.⁶¹ Zugleich wird dadurch das negative Potential von persönlichen Spannungen, wie sie beispielsweise seit dem Sommer 2002 zwischen George W. Bush und Gerhard Schröder herrschen, drastisch reduziert. Sowohl in den USA als auch in Deutschland wird nämlich derzeit ein beachtliches Spektrum politisch relevanter Ansichten artikuliert, welches den Dissens der beiden Regierungschefs abfedert und einer dauerhaften Entfremdung entgegenwirkt.

⁶⁰ Vgl. den Vorwurf Stoibers an Schröder: „Die Kanzler Brandt, Schmidt und Kohl hätten längst mit Bush telefoniert“, zit. nach ‚Bush an der Strippe?‘, taz, 10. 9. 2002, 3.

⁶¹ Vgl. dazu allgemein *Graham T. Allison / Philip Zelikow*, *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis*. New York ²1999, 143-196 u. 255-324; außerdem *Thomas Preston / Pau 't Hart*, *Understanding and Evaluating Bureaucratic Politics. The Nexus Between Political Leaders and Advisory Systems*, *Political Psychology* 20.1, 1999, 49-98 mit besonderer Berücksichtigung der Rückwirkung verschiedener Führungsstile auf bürokratische Strukturen.

Schlußbetrachtung

In der Antike wie in der Gegenwart kann mit dem Begriff ‚Freundschaft‘ eine zwischenstaatliche Beziehung auch von ungleichen Partnern bezeichnet werden, in welcher die Führungsmacht – zumindest in gravierenden sicherheitspolitischen Fragen – die vorbehaltlose Unterstützung ihrer Position erwartet. Damit ist freilich noch keine Aussage über die politischen Möglichkeiten getroffen, die sich den Beteiligten in konkreten Handlungssituationen tatsächlich bieten. Aus der Sicht des schwächeren Partners reicht das Spektrum der Optionen dabei von bedingungsloser Gefolgschaft über den vorsichtigen Versuch der Einflußnahme in Verhandlungen bis zu öffentlicher Kritik, Verweigerung und im Extremfall gar Opposition gegen das Vorgehen der Hegemonialmacht. Als Reaktion auf unbotmäßiges Verhalten kann umgekehrt der stärkere Partner bislang gewährte Vergünstigungen revidieren, drastische Vergeltungsmaßnahmen ergreifen oder aber auf die Durchsetzung seiner Forderungen verzichten. Auf beiden Seiten sind die jeweilige Intensität der Erwartungen und Überzeugungen, die Chancen für einen befriedigenden Kompromiß und der Preis einer offenen Konfrontation abzuwägen.

Im Falle Roms kam es im Laufe von Jahrhunderten, besonders in der späten Republik und in der frühen Kaiserzeit, zur Eingliederung zahlreicher, wenn auch keineswegs aller befreundeter Territorien in das Imperium Romanum. Oftmals ließ sich die Einrichtung und Erweiterung von Provinzen mit mangelnder ‚Treue‘ zur Supermacht begründen, doch spielten bisweilen auch andere Faktoren wie politische Testamente und Sukzessionswirren, das Erlöschen von Dynastien oder rein innerrömische Machtinteressen eine Rolle.

Mit dem Verweis auf die römische Entwicklung ist die Ausgestaltung der amerikanischen Hegemonie jedoch keinesfalls präjudiziert. Zwar haben die Vereinigten Staaten ihre Entschlossenheit zur Sicherung der eigenen Vorherrschaft und zum ‚pro-aktiven‘ Vorgehen gegen mutmaßliche Bedrohungen unmißverständlich bekundet, doch dürften die internationale Verflechtung Amerikas und der Druck verschiedener globaler Probleme mittelfristig die Bereitschaft zur Kooperation stärken. Außerdem läßt das Potential alternativer politischer Kräfte in den USA erwarten, daß sich die harte Linie der Bush-Administration nicht auf Dauer ohne Modifikationen durchsetzen wird.

Ohnedies sind sowohl der Hegemonie Roms als auch der Führungsposition der Vereinigten Staaten gewisse Grenzen gesetzt: Zum einen beschränkt sich die absolute Dominanz besonders im Fall der Römer weitgehend auf den militärischen Bereich, zum anderen wird vor allem die gegenwärtige Vormacht-

stellung der USA durch die gestiegene Bedeutung von internationalen Institutionen, nichtstaatlichen Akteuren und öffentlicher Meinung relativiert. Umgekehrt sind die auswärtigen Freunde des Hegemons keineswegs in einer dichotomischen Alternative von ‚Freundschaft‘ oder ‚Gefolgschaft‘ gefangen. Vielmehr verfügen sie ihrerseits über diverse Möglichkeiten der direkten und indirekten Einflußnahme und können dadurch auf eine für sie günstige Gestaltung der Vorherrschaft hinwirken.

Im Zuge der römischen Expansion zeigte sich der Senat über Jahrhunderte zurückhaltend bei der Übernahme langfristiger Ordnungsverpflichtungen außerhalb Italiens.⁶² Schließlich dauerte es mehrere Jahrzehnte erbitterter Bürgerkriege, bis im Prinzipat die *pax Romana* Gestalt annahm und langfristig stabile Verhältnisse für die gesamte Mittelmeerwelt garantiert werden konnten.⁶³ In den Provinzen wie in den befreundeten Territorien wurde diese Leistung zwar weithin mit Erleichterung aufgenommen, doch wurde zugleich die eigene Abhängigkeit von vielen als drückend empfunden.⁶⁴ Auch die gegenwärtige Hegemonie der Vereinigten Staaten eröffnet grundsätzlich die Chance, einen stabilen internationalen Ordnungsrahmen aufzubauen, sofern sich Washington künftig mit unilateralen Aktionen zurückhält und zivilen Aufgaben wie Konfliktprävention, Umweltschutz und fairem Handel gegenüber militärischen Optionen eine höhere Priorität einräumt. Im Sinne dieser Zielsetzung und nicht zuletzt im eigenen Interesse sollte Amerika dabei die Stimmen seiner Kritiker und die Anliegen seiner Freunde ernst nehmen.

Eine umgearbeitete, aktualisierte Fassung des vorliegenden Beitrags erscheint voraussichtlich im September 2004 in der Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*.

⁶² Vgl. dazu E. Badian, *Roman Imperialism in the Late Republic*. Ithaca/N.Y. 1968, 29-43.

⁶³ Vgl. dazu jedoch Greg Woolf, *Roman Peace*. In: John Rich/Graham Shipley (Hgg.), *War and Society in the Roman World*. London 1993, 171-194, der die ideologische Konstruktion des Friedens von Seiten der römischen Zentralgewalt hervorhebt.

⁶⁴ Vgl. etwa das ambivalente Zeugnis des Griechen Plutarch in seiner an der Wende vom 1. zum 2. Jh. n. Chr. verfaßten Schrift *Praecepta gerendae rei publicae* (Plut. mor. 798a-825f, bes. 813d-814c u. 824b-e); dazu Maria R.-Alföldi, „Die Stiefel des Statthalters“. In: Rosmarie Günther/Stefan Rebenich (Hgg.), *E fontibus haurire*. Beiträge zur römischen Geschichte und zu ihren Hilfswissenschaften. Heinrich Chantraine zum 65. Geburtstag. Paderborn 1994, 327-333; Helmut Halfmann, Die Selbstverwaltung der kaiserzeitlichen Polis in Plutarchs Schrift *Praecepta gerendae rei publicae*, *Chiron* 32, 2002, 83-95.

Ausgewählte Literaturhinweise

Außenpolitik und auswärtige ‚Freunde‘ Roms⁶⁵

Badian, E.: Hegemony and Independence. Prolegomena to a Study of the Relations of Rome and the Hellenistic States in the Second Century B.C. In: Harmatta, János (Hg.): Proceedings of the 7th Congress of the International Federation of the Societies of Classical Studies. Budapest 1984, Bd. 1, 397-414.

Badian, E.: Roman Imperialism in the Late Republic. Ithaca/N.Y. 1968.

Badian, E.: Foreign Clientelae (264-70 B.C.). Oxford 1958. – Vgl. dazu *Jochen Bleicken*, *Gnomon* 36, 1964, 176-187.

Bernhardt, Rainer: Rom und die Städte des hellenistischen Ostens (3.-1. Jahrhundert v. Chr.). Literaturbericht 1965-1995. München 1998.

Bernhardt, Rainer: *Imperium und eleutheria*. Die römische Politik gegenüber den freien Städten des griechischen Ostens. Diss. Hamburg 1971.

Braund, David: Function and Dysfunction. Personal Patronage in Roman Imperialism. In: Wallace-Hadrill, Andrew (Hg.): *Patronage in Ancient Society*. London 1989, 137-152.

Braund, David: Rome and the Friendly King. The Character of the Client Kingship, London 1984.

Canali de Rossi, Filippo: Il ruolo dei *patroni* nelle relazioni fra il mondo greco e Roma in età repubblicana ed augustea. München 2001.

Cimma, Maria Rosa: *Reges socii et amici populi Romani*. Milano 1976.

Dahlheim, Werner: Struktur und Entwicklung des römischen Völkerrechts im dritten und zweiten Jahrhundert v. Chr. München 1968.

Eilers, Claude: Roman Patrons of Greek Cities. Oxford 2002.

Errington, R. Malcolm: Neue Forschungen zu den Ursachen der römischen Expansion im 3. und 2. Jahrhundert v. Chr., *HZ* 250, 1990, 93-106.

Ferrary, Jean-Louis: The Hellenistic World and Roman Political Patronage. In: Cartledge, Paul u.a. (Hgg.): *Hellenistic Constructs. Essays in Culture, History, and Historiography*. Berkeley/Cal. 1997, 105-119.

Ferrary, Jean-Louis: Philhellénisme et impérialisme. Aspects idéologiques de la conquête romaine du monde hellénistique. De la seconde guerre de Macédoine à la guerre contre Mithridate. Rome 1988.

⁶⁵ Eine umfangreichere Bibliographie zum Thema findet sich unter <http://www.uni-trier.de/sfb600/a2>.

Gruen, Erich S.: The Hellenistic World and the Coming of Rome, 2 Bde. Berkeley/Cal. 1984.

Harris, William V.: War and Imperialism in Republican Rome. 327-70 B.C. Oxford ³1992. – Vgl. dazu *A.N. Sherwin-White:* Rome the Aggressor?, JRS 70, 1980, 177-181 sowie *J.A. North:* The Development of Roman Imperialism, JRS 71, 1981, 1-9.

Kallet-Marx, Robert Morstein: Hegemony to Empire. The Development of the Roman Imperium in the East from 148 to 62 B.C. Berkeley/Cal. 1995.

Rich, John: Patronage and Interstate Relations in the Roman Republic. In: Wallace-Hadrill, Andrew (Hg.): Patronage in Ancient Society. London 1989, 117-135.

Sherwin-White, A.N.: Roman Foreign Policy in the East. 168 B.C. to A.D. 1. London 1984.

Amerikanische Außenpolitik und transatlantische Beziehungen

Bacevich, Andrew J.: American Empire. The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy. Cambridge/Mass. 2002.

Dittgen, Herbert: Amerikanische Demokratie und Weltpolitik. Außenpolitik in den Vereinigten Staaten. Paderborn 1998.

Hacke, Christian: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von Kennedy bis Clinton. Berlin 1997.

Ikenberry, G. John: America's Imperial Ambition. Foreign Affairs 81.5, 2002, 44-60.

Joffe, Josef: How America Does It. Foreign Affairs 76.5, 1997, 13-27.

Junker, Detlef (Hg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch, 2 Bde. Stuttgart 2001.

Kagan, Robert: Of Paradise and Power. America and Europe in the New World Order. New York 2003.

Kaldor, Mary: American Power. From ‚Compellance‘ to Cosmopolitanism?, International Affairs 79.1, 2003, 1-22.

Keohane, Robert O.: Ironies of Sovereignty. The European Union and the United States, Journal of Common Market Studies 40.4, 2002, 743-765.

Kissinger, Henry: Does America Need a Foreign Policy? Toward a Diplomacy for the Twenty-first Century. New York 2001.

Kupchan, Charles A.: The End of the American Era. U.S. Foreign Policy and the Geopolitics of the Twenty-first Century. New York 2002.

Leggewie, Claus: Globalisierung versus Hegemonie. Zur Zukunft der transatlantischen Beziehungen, *Internationale Politik und Gesellschaft* 10.1, 2003, 87-111.

Maull, Hanns W.: Die ‚Zivilmacht Europa‘ bleibt Projekt. Zur Debatte um Kagan, Asmus/Pollack und das Strategiedokument NSS 2002, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 47.12, 2002, 1467-1478.

Mead, Walter Russell: *Special Providence. American Foreign Policy and How It Changed the World.* New York 2002.

Nau, Henry R.: *At Home Abroad. Identity and Power in American Foreign Policy.* Ithaca/N.Y. 2002.

Nye, Joseph S.: *The Paradox of American Power. Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone.* New York 2002.

Nye, Joseph S.: *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power.* New York 1990.

Todd, Emmanuel: *Après l'empire. Essai sur la décomposition du système américain.* Paris 2002.

Weidenfeld, Werner: *Kulturbruch mit Amerika? Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit.* Gütersloh 1997.

Manuel Tröster / Altay Coskun
Universität Trier
Fachbereich III – Alte Geschichte
Universitätsring 15
D-54286 Trier
e-mail: troe3201@uni-trier.de
e-mail: altay.coskun@uni-trier.de